

WK / BN Stadtteilkurier Nordost 22. Oktober 2009

Vahrer Beirat sagt Jein zum Lkw-Verbot

Bürgerantrag soll nach Gutachten entschieden werden

Von Melanie Öhrlenbach

Vahr. Ohne Unterstützung durch den Beirat Vahr musste am Dienstag die Bürgerinitiative „Keine Stadtautobahn durch Bremen“ nach Hause gehen. In ihrem Bürgerantrag fordert sie unter anderem ein Lkw-Verbot für die Kurfürstenallee bis zum Remberti-Kreisel. Während CDU und FDP keinen Handlungsbedarf sehen, will die rot-grüne Mehrheit ein Gutachten abwarten. Doch ob und wann dieses kommt, ist offen. Denn der Behörde fehlt das Geld.

Bereits im August hatte die Bürgerinitiative ihren Antrag an die Beiräte Vahr, Schwachhausen, Mitte und Östliche Vorstadt eingereicht. Darin fordert sie eine Umsetzung des einstimmig gefassten Bürger-schaftsbeschlusses vom November 2004.

Danach sollen keine Lastwagen mehr von der Autobahn-Abfahrt Vahr in Richtung Innenstadt fahren. Die Kurfürstenallee soll bis zum Remberti-Kreisel aus dem Lkw-Führungsnetz gestrichen werden. Zudem fordert die Bürgerinitiative ein Konzept, das den Schwerlastverkehr verhindert und ein Nachfahrverbot für Lkw mit einschließt.

„Wir sehen die Verwaltung in der Pflicht, diesen Beschluss umzusetzen“, sagte Günter Knebel von der Bürgerinitiative „Keine Stadtautobahn durch Bremen“. Vor allem durch die Aufweitung des Concordia-Tunnels sei mit noch mehr Verkehr auf den betreffenden Straßen zu rechnen. Darüber hinaus sei das im Sommer 2005 aufgestellte Hinweisschild Richtung City an der Abfahrt Vahr „kontraproduktiv: Es lädt die Lkw ausdrücklich ein, hier durchzufahren“, sagte der Anwohner aus Schwachhausen.

Diesen Vorwurf wies Ulrich Just vom Verkehrsressort zurück. Der Lkw-Verkehr werde in Richtung Innenstadt über den ausgebauten Überseestadt-Zubringer geleitet.

Auch widersprach Just der Forderung, den Straßenzug Schwachhauser Heerstraße/Kurfürstenallee/Richard-Boljahn-Allee aus dem Lkw-Führungsnetz zu nehmen, das im übrigen nur einen empfehlenden Charakter besitze. „Die Fahrer werden sich andere Wege in Richtung Innenstadt oder Findorff suchen“, warnte er. Die Route über die A 27 und den Überseestadt-Zubringer sei ein zu großer Umweg.

Und Ausweichrouten könnten auch außerhalb des offiziellen Lkw-Netzes liegen: So könnten Laster nach Findorff über die Bürgermeister-Spitta-Allee, den östlichen Teil der Schwachhauser Heerstraße, den Schwachhauser Ring und die Parkallee fah-

ren. Für Lastwagen mit dem Ziel Innenstadt bliebe der Weg über die Julius-Brecht-Allee, Stresemann-Straße und die Bismarkstraße. „Dort wollen sie die Belastung ganz gewiss nicht haben. Denn wir haben dort schon jetzt überhöhte Feinstaub-Emissionen“, betonte der Vertreter aus dem Verkehrsressort.

Auch das Argument, dass zu viel Schwerlastverkehr durch die Vahr und Schwachhausen rolle, ließ Just nicht gelten. Derzeit nutzten rund 25 000 Fahrzeuge den Straßenzug; der Anteil an Lkw liege bei drei Prozent. „In anderen Bereichen haben wir an die zehn Prozent“, betonte er. Darüber hinaus seien rund 60 Prozent der Lastwagen „klassischer Anlieferverkehr“ mit Fahrzeugen von 2,8 bis 7,5 Tonnen. Der dadurch entstehende Lärm sei „nicht hörbar“. Ein striktes Fahrverbot – auch in der Nacht – würde für diesen Verkehr Umwege und Ausnahmeregelungen bedeuten.

Diese Fakten stießen jedoch bei Aktivist Ulrich Draub aus der Östlichen Vorstadt auf taube Ohren. Er forderte, den Lkw-Verkehr rigoros über den Nordwest-Knoten zu leiten – oder über Hemelingen und den Osterdeich. Schließlich seien auch an der Richard-Boljahn-Allee Anwohner durch den Lärm und den Dreck belastet. „Wir müssen zu drastischen Maßnahmen greifen, um die EU-Richtlinien zur Luftreinheit einzuhalten“, betonte er.

Wie viele Menschen an der bisherigen Lkw-Führungsstrecke genau betroffen sind, wusste der Vertreter des Verkehrsressorts nicht. Er sei zwar interessiert daran, ein entsprechendes Gutachten in Auftrag zu geben, „aber wir haben weder das Geld noch das Personal dafür“, sagte Just.

Grund genug für die Christdemokraten, den Bürgerantrag abzulehnen. Zudem habe Bausenator Reinhard Loske (Grüne) Anfang Oktober in einem Antwortschreiben an die Bürgerinitiative „eine klare Stellungnahme abgegeben“, sagte CDU-Fraktionssprecher-Konrad Adrian Giesa. „Wir sehen daher keinen Grund, ein Gutachten zu erarbeiten und Steuergelder zu verschwenden.“ SPD und Grüne wollen hingegen ihr Votum vom angekündigten Gutachten über die Belastung der Bewohner an der Richard-Boljahn-Allee abhängig machen. „Wir hoffen, dass dieses baldmöglichst vorliegt“, sagte Helmut Weigelt (SPD).

Der Antrag der Bürgerinitiative steht heute Abend auch auf der Tagesordnung des Beirats Schwachhausen. Die öffentliche Sitzung in der Schule Freiligrathstraße, Freiligrathstraße 11, beginnt um 19.30 Uhr.

»Die Fahrer werden sich andere Wege in Richtung Innenstadt suchen.«

**Ulrich Just,
Verkehrsressort**